

Antrag-Nr.: 01
zu TOP:
Rasterpkt.:

A N T R A G
zur Hauptversammlung vom 10. bis 12. Oktober 2013 in Bonn

Antragsteller: Bundesvorstand

Landesverband:

Headline: Resolution

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die
2 kommende Bundesregierung auf, bei anstehenden Reformen im Gesundheitswesen
3 die gesundheitspolitischen Forderungen des Freien Verbandes umzusetzen:
4
- 5 **1 Ein offenes, freies Versicherungssystem mit Wahlfreiheit der Bürger – gegen**
6 **ein Einheitssystem wie die „Bürgerversicherung“**
7 Die Bürgerversicherung löst keines der bestehenden Probleme von GKV und PKV.
8 Einheitssysteme sind vor allem Kontrollsysteme, in denen Zahn/Ärzte und Versicher-
9 te/Patienten von Bürokraten der Krankenkassen und der Gesundheitsbehörden diri-
10 giert werden. Zur Problemlösung fordert der Freie Verband die Weiterentwicklung
11 des dualen Versicherungssystems.
12
- 13 **2 Prämienmodell – Finanzierung der GKV über Prämien**
14 Die Behandlungskosten der Kranken können angesichts der demographischen Ent-
15 wicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts schon in wenigen Jahren
16 nicht mehr über das derzeitige Umlagesystem finanziert werden.
17
- 18 **3 Schluss mit der Sachleistung – für eine direkte Patienten-Arzt-Beziehung**
19 Dazu gehören die direkte Abrechnung der Behandlungskosten mit dem Patienten
20 und die Erstattung seiner Kosten durch seinen Kostenträger (Krankenkasse/-
21 versicherung). Sachleistung ist anonym und verschleiert Leistung und Kosten der
22 Behandlung.
23

24 **4 Leistungsgerechte Honorierung – Aufhebung der Budgetierung**

25 Die Ausbeutung des Berufsstandes in der GKV durch Budgetierung und Degression
26 und bei der Privatbehandlung durch fünfundzwanzigjährigen Gebührenstillstand ist
27 zu beenden.

28

29 **5 Umfassender Schutz aller Gesundheitsdaten**

30 Die Speicherung und Auswertung von Patienten- und Behandlungsdaten auf Systeme-
31 men außerhalb der Praxen ohne wirksame Zugriffskontrollen der Betroffenen wider-
32 spricht dem informationellen Selbstbestimmungsrecht des Bürgers.

33

34 **6 Bürokratieabbau in der Praxis**

35 Der stetig steigende Aufwand an Verwaltungsarbeit verursacht hohe Kosten und
36 nimmt dem Zahnarzt die notwendige Zeit für Zuwendung und Behandlung.

37

38 **7 Freie Arztwahl und freie Arzt-Patientenbeziehung**

39 Die freie Arztwahl ist ein Grundpfeiler der freien Berufsausübung. Fremdbestimmung
40 der Patienten durch Steuerung der Patientenströme und Eingriffe in die Arzt-
41 Patientenbeziehung durch Dritte widersprechen dem Selbstbestimmungsrecht und
42 der Mündigkeit des Bürgers.